VÖBAS e.V. | Fichtenstraße 1 | 26121 Oldenburg

Fichtenstraße 1
26122 Oldenburg

Janosch Schierke
Vorstandsvorsitzender

Telefon: 0176 404 320 87
E-Mail: info@voebas.de
Oldenburg, 10.09.2025

An das
Niedersächsische Kultusministerium
Hans-Böckler-Allee 5
D-30173 Hannover

Stellungnahme zu den Eckpunkten des Niedersächsischen Kultusministeriums zur künftigen Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe (Stand: Juni 2025)

Vorbemerkung:

VÖBAS e.V. unterstützt die Absicht der geplanten Reform der gymnasialen Oberstufe in Niedersachsen, mehr Gestaltungsspielraum und individuelle Schwerpunktsetzung für Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen. Gleichzeitig warnt der Verband eindringlich davor, dass diese Reform nicht zu einer Schwächung des Faches Politik-Wirtschaft (PoWi) führen darf. PoWi ist schon heute das Nebenfach mit dem geringsten Stundenanteil in beiden Sekundarstufen und damit strukturell benachteiligt. Eine Verschiebung in den Wahlpflichtbereich würde diese Situation verschärfen: Das Fach verlöre an Verbindlichkeit und Reichweite, während die Stundenzahl zusätzlich sinkt. Damit stünden zentrale Bildungsziele auf dem Spiel. Denn Demokratiebildung lässt sich nicht nebenbei in anderen Fächern „mitvermitteln“. Ohne ein verpflichtendes Ankerfach, das alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen erreicht, droht die politische und ökonomische Grundbildung bruchstückhaft zu bleiben – mit gravierenden Folgen für die Entwicklung demokratischer Kompetenzen.

Ausgangslage und geplante Änderungen

Derzeit ist Politik-Wirtschaft in der Einführungsphase ein dreistündiges Pflichtfach, einschließlich einer Stunde Beruflicher Orientierung (BO). Das Fach erreicht damit alle Schülerinnen und Schüler und legt die Basis für demokratische, gesellschaftliche und ökonomische Kompetenzen. Nach den Plänen des Ministeriums soll PoWi künftig in den Wahlpflichtbereich verschoben werden, während die BO-Stunde weiterhin im Pflichtbereich verbleibt. Dies birgt erhebliche Risiken: Schülerinnen und Schüler könnten das Fach abwählen, wodurch sich die verbindliche Unterrichtszeit nicht nur in der Einführungsphase verringert, sondern auch in der Qualifikationsphase, wenn PoWi nicht mehr als Prüfungsfach gewählt werden kann. Ein rein optionales Vertiefungsfach im Wahlpflichtbereich II, das politische und ökonomische Inhalte vermittelt, kann diese flächendeckende Grundbildung nicht ersetzen. Die verbindliche Vermittlung von PoWi ist daher unerlässlich, um allen Schülerinnen und Schülern eine solide Basis für politische Urteilsfähigkeit, ökonomisches Verständnis und gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren.

Begründung gegen die Schwächung des Faches

1. **Demokratiekompetenz erfordert verbindliche Strukturen:** Angesichts zunehmender antidemokratischer Tendenzen und wachsender gesellschaftlicher Polarisierung ist die Vermittlung von Demokratiekompetenz unverzichtbar. Ein verpflichtendes Fach Politik-Wirtschaft ist daher wichtiger denn je, um allen Schülerinnen und Schülern grundlegende Kenntnisse über politische Prozesse, demokratische Werte und gesellschaftliche Teilhabe systematisch zu vermitteln.

2. **Ökonomische Bildung als Basis für selbstbestimmte Teilhabe:** Politik-Wirtschaft vermittelt zentrale ökonomische Kompetenzen, die jungen Menschen ermöglichen, verantwortungsvolle Entscheidungen nicht nur für sich selbst, sondern auch im Sinne der Gesellschaft zu treffen, und aktiv an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen. Die verbindliche Vermittlung von ökonomischer Grundbildung legt den Grundstein für mündige, informierte Bürgerinnen und Bürger. Eine Abwahl oder Reduzierung von PoWi würde diese essentielle Grundlage für gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe deutlich schwächen.

3. **Sicherung der Verbindung zur Beruflichen Orientierung:** Die Integration der BO-Stunde in den Politik-Wirtschaft-Unterricht stellt sicher, dass politische und ökonomische Themen sinnvoll verknüpft und praxisnah vermittelt werden, wodurch ein nahtloser Übergang in Studium und Beruf unterstützt wird. Wird PoWi hingegen in den Wahlpflichtbereich verschoben, geht diese inhaltliche Verbindung verloren. Ohne ein verpflichtendes Politik-Wirtschaft-Fach kann das verbindliche Schülerbetriebspraktikum nicht in seiner geplanten Form umgesetzt werden, sodass sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die BO-Stunde nicht optimal von der vorgesehenen Struktur profitieren.

Unsere Vorschläge:

1. **Politik-Wirtschaft als verbindliches Pflichtfach erhalten:** PoWi muss in der Einführungsphase verpflichtend bleiben, um sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler grundlegende demokratische und ökonomische Kompetenzen erwerben.
2. **Demokratiebildung über ein Ankerfach sichern:** Demokratiekompetenz darf nicht nur als Querschnittsaufgabe vermittelt werden. Ein verpflichtendes Fach PoWi gewährleistet eine systematische, flächendeckende Vermittlung demokratischer Inhalte.
3. **Verbindung zu Beruflicher Orientierung (BO) stärken:** Die enge Verzahnung von PoWi und BO muss erhalten bleiben, um praxisnahe, ökonomisch-politische Inhalte zu vermitteln und einen reibungslosen Übergang in Studium und Beruf zu ermöglichen.
4. **Reformziele nicht auf Kosten von PoWi umsetzen:** Wahlfreiheit, Bildungs- und Chancengerechtigkeit sowie Profilbildung dürfen nicht durch die Verlagerung von PoWi in den Wahlpflichtbereich unterlaufen werden; zentrale Kompetenzen müssen für alle Schülerinnen und Schüler gesichert bleiben.

Vorsitzender VÖBAS e.V.